

# Kinderarmut im internationalen Vergleich – Hintergründe, Folgen und Gegenmaßnahmen

Christoph Butterwegge  
Michael Klundt

Im vorliegenden Beitrag geht es um das Problem vermehrt in Armut aufwachsender Kinder und Jugendlicher. Dabei werden Erscheinungsformen und Ursachen von Kinderarmut in Deutschland vor dem Hintergrund der Globalisierung mit anderen – zumeist europäischen – Staaten verglichen. Anhand des Vergleichs von Ausmaß und Qualität der besonders betroffenen Risikogruppen untersuchen wir die Wirkung sozial benachteiligter Lebenslagen auf Kinder und ihre Familien. Die sich teils ähnelnden, teils jedoch massiv differierenden Folgen hinsichtlich der Zukunftschancen armer Kinder und Jugendlicher dienen als Folie für die abschließende Frage, welche arbeitsmarkt-, familien- und sozialpolitischen Maßnahmen gegen (Kinder-)Armut in der Bundesrepublik ergriffen werden sollten.

## 1

### Einführung

Die materiellen Existenzgrundlagen der meisten Kinder bzw. Jugendlichen und ihrer Familien scheinen hierzulande gesichert zu sein. Berichte über „Konsumkinder“, die mit Markenprodukten von Nike und Nokia aufwachsen (Unverzagt/Hurrelmann 2001), sind nicht aus der Luft gegriffen. Solche Darstellungen wären jedoch unvollständig und verschleiern, würden sie nicht durch Schilderungen von Unterversorgung, Knappheit, Elend, Entbehrungen und Einschränkungen ergänzt. Immerhin wuchsen 1997 mehr als die Hälfte der Kinder in Deutschland bis zu 15 Jahren unter prekären Wohlstandsbedingungen auf, was darauf hindeutet, dass die soziale Polarisierung mit der Gesellschaft auch ihren Nachwuchs in verschiedene Lager teilt (Krause/Habich 2000, S. 325).

Freilich ist (Kinder-)Armut nicht nur mit dem Wohlstandsniveau einer Gesellschaft in Korrelation zu setzen, sondern auch mit der Situation vergleichbarer Gruppen in anderen Ländern, will man die Ursachen dafür ergründen und sozialpolitische Alternativen entwickeln. Dies soll im Folgenden geschehen, wobei einschränkend auf die schwierige Quellen- und Literaturlage hinzuweisen ist. Schon die Tatsache, dass es im deutschsprachigen Raum bisher praktisch nur eine Reihe mehr oder weniger niveauvoller Sammelbände zum Thema „Kinderarmut“ gibt, belegt den immensen Nachholbedarf an empirischer Forschung auf diesem Gebiet.

## 2

### Ausmaß, Struktur und Erscheinungsformen der Kinderarmut in Europa

Kinderarmut ist ein globales Phänomen, das – in unterschiedlichen Erscheinungsformen – auf allen Erdteilen vorkommt (vgl. dazu: Holm/Schulz 2002). Auf unserem Kontinent trifft sie den Osten besonders hart: Man geht davon aus, dass es allein in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ca. 50 Millionen arme Kinder gibt (de Sebastián 2001, S. 583). Aber das Problem beschränkt sich keinesfalls auf die ost- und mitteleuropäischen Transformationsgesellschaften, lässt sich vielmehr zunehmend auch in den wohlhabendsten Ländern des Westens feststellen.

Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird eindrucksvoll dokumentiert, welches Ausmaß die soziale Ungleichheit in Deutschland angenommen hat. Während es einer großen Mehrheit der Bevölkerung immer noch gut oder sogar sehr gut geht, wächst die Anzahl derer, die in relativer Armut, Unsicherheit und Existenzangst leben. Am unteren Ende der Wohlstandsskala befinden sich überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche. Ein extrem hohes Armutsrisiko tragen junge Menschen, die in „unvollständigen“ und/oder kinderreichen Familien aufwachsen. Ende 1998 bezogen insgesamt 1,1 Millionen Kinder unter 18 Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt: „Die Sozialhilfequote von Kindern ist damit fast doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt“ (BMA 2001, S. 78). Nach dem von der Hans

Böckler Stiftung, dem DGB und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in Auftrag gegebenen Armutsbericht müssen ca. 2 Millionen Kinder bis zu 15 Jahren, d.h. mehr als 14 % dieser Altersgruppe, als arm gelten (Hanesch u.a. 2000, S. 81 ff.).

Hinsichtlich der Lebenslage, Teilnahmefizite und psychischen Belastungen junger Menschen beobachtet *Andreas Klocke* eine „Kumulation und Verstetigung von einerseits negativen und andererseits positiven Lebenssituationen“ (Klocke 2001a, S. 278 f.). Er prognostiziert für Europa eine weitere Verschärfung der sozialen Ungleichheit im Kindes- bzw. Jugendalter und spricht von der Möglichkeit zur Ausbildung einer „sozialen Unterschicht“ (un-

**Prof. Dr. Christoph Butterwegge**, Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität zu Köln sowie des Forschungsprojekts „Infantilisierung der Armut?, Gesellschaftspolitische Ursachen und psychosoziale Folgen in Ost- und Westdeutschland“  
Schwerpunkte: Globalisierung, Sozialstaatsentwicklung, (Kinder-)Armut, Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend-)Gewalt  
e-mail: politik@ew.uni-koeln.de

**Michael Klundt**, wiss. Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Infantilisierung der Armut?, Gesellschaftspolitische Ursachen und psychosoziale Folgen in Ost- und Westdeutschland“ an der Abteilung für Politikwissenschaft des Seminars für Sozialwissenschaften der Universität zu Köln  
Schwerpunkte: (Kinder-)Armut- und Reichtum, Sozialpolitik, Geschichtspolitik  
e-mail: michael.klundt@uni-koeln.de

derclass) junger Erwachsener, wie man sie bisher nur aus den USA kenne, mit ähnlichen Gefahren ihrer Entfremdung von den konsensualen Normen (Klocke 2001a, S. 287).

Glaut man dem Europäischen Sozialreport 2001, sind durchschnittlich 21 % aller Kinder in den EU-Mitgliedstaaten arm. Außer in Dänemark liegen die Armutsquoten von Kindern überall höher als diejenigen der zum Vergleich herangezogenen mittleren Altersgruppen. Die Armutsquote der Kinder in Alleinerziehendenhaushalten ist mit über 45 % relativ hoch: „Eines von neun Kindern (arme und nichtarme) lebt mit nur einem Elternteil. 23 % der armen Kinder leben in einem Alleinerziehendenhaushalt“ (Europäische Kommission 2001, S. 49).

Für das Jahr 2000 konstatiert die Kinderhilfsorganisation UNICEF in einer international angelegten Studie, dass etwa 47 Millionen Kinder in 23 entwickelten Industriestaaten, den reichsten Nationen der Erde, als arm einzustufen sind. Entsprechend der EU-Armutsdefinition wächst durchschnittlich jedes sechste Kind in einer Familie auf, die mit weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens auskommen muss. Dabei variieren jedoch die auf Basis der „Luxemburg Income Study“ ermittelten Werte von Kinderarmut zwischen 2,6 % aller Kinder in Schweden, 5,1 % in Dänemark, 7,7 % in den Niederlanden, 7,9 % in Frankreich, 19,8 % in Großbritannien und 22,4 % in den USA (UNICEF 2000, S. 2 ff.). Für die Bundesrepublik machte UNICEF Mitte der 90er Jahre 10,7 % Kinderarmut aus. Der gegenüber deutschen Untersuchungen niedrigere Prozentanteil rührt daher, dass nationale Statistiken auf eine international vergleichbare Berechnungsgrundlage umgestellt wurden, wobei der Bedarf einzelner Familienmitglieder, wie der Kinder, niedriger gewichtet wurde als in der Bundesrepublik üblich (UNICEF 2000, S. 4 ff.). Die genannte UNICEF-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder mit alleinerziehenden Eltern viel häufiger von Armut betroffen sind als Kinder aus sog. vollständigen Familien. Dabei ist ihr Armutsrisiko in Tschechien, Deutschland und Luxemburg 8-mal, in Norwegen und Kanada 6-mal und in Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich und Schweden 4-mal so hoch, obwohl z.B. in Schweden prozentual die meisten Kinder mit nur einem Elternteil zusammenleben (21,3 %; UNICEF 2000, S. 11).

Entgegen der nahe liegenden Vermutung, dass die Armut von Kindern auf der elterlichen bzw. auf der väterlichen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit beruht (Schönig 2000), sind deren Auswirkungen in Bezug auf die Lebenslagen von Kindern sehr verschieden: So beträgt die Kinderarmutsquote in den USA bei (offiziell registrierten) 5 % Arbeitslosigkeit 22,4 %, während in Finnland trotz einer sehr viel höheren Arbeitslosenquote (von 16 %) nur 6,9 % der Kinder als arm zu bezeichnen sind. Auch steht Kinderarmut im Zusammenhang mit einem Niedrigeinkommenssektor, der etwa in den Vereinigten Staaten sehr breit ist. Arbeitslosenquoten und Alleinerziehendenstatus müssen folglich im Kontext der Verteilungsrelationen und sozialpolitischen (Gegen-)Maßnahmen betrachtet werden.

Typologisierend kann man zwischen drei Erscheinungsfeldern der gegenwärtigen Kinderarmut differenzieren. In der sog. Dritten bzw. Vierten Welt sind dafür Unterentwicklung, Not und Elend des betreffenden Landes selbst verantwortlich. „Kinderarmut ist dort hoch, weil die Hälfte der Bevölkerung (oder mehr) jünger als 20 Jahre ist. Daneben gibt es auch hohe Kinderarmut, wenn – wie etwa in Brasilien – die Gesellschaft hochgradig polarisiert ist und die Armen viele Kinder haben“ (Beisenherz 2002, S. 53). In den USA, Großbritannien und den osteuropäischen Transformationsstaaten dominiert eine andere Form der Kinderarmut, die *H. Gerhard Beisenherz* zufolge wesentlich darauf beruht, dass die familiäre Reproduktion gestört ist und das Aufwachsen immer seltener in einer „kompletten“ Familie stattfindet. Solche Lebensgemeinschaften verfügen allerdings in der Regel nicht über genügend materielle Ressourcen: „Kinder wachsen alleine mit ihren Müttern und Geschwistern auf; Väter sind entweder nicht vorhanden oder kümmern sich nicht um die Kinder, und die Mütter verdienen allenfalls im Niedriglohnssektor“ (Beisenherz 2002, S. 53 f.). Schließlich gibt es Kinderarmut noch in den kontinentaleuropäischen Gesellschaften, die einen hoch entwickelten Wohlfahrtsstaat haben. Sie verbinde sich auch dort mit derjenigen „unvollständiger“ Familien; ihre eigentliche Ursache sei aber die Besonderheit des Arbeitsmarktes, Erwerbslosigkeit bevorzugt nach dem Merkmal „Mutterschaft“ zu verteilen und Mütter sonst mit Niedriglohnjobs abzuspeisen: „Die Armut von Haushalten mit Kindern

beruht dann im Wesentlichen darauf, dass durchschnittliche Haushaltseinkommen auf mehr als einem Erwerbseinkommen beruhen müssen, weil die Reproduktionskosten pro Haushalt – sobald er mehr als eine Person umfasst – mit einem Durchschnittseinkommen nicht mehr aufgebracht werden können“ (Beisenherz 2002, S. 54).

## 3

### Die gesellschaftlichen Ursachen der Kinderarmut

Kinder gelten – im Unterschied zu arbeitslosen Erwachsenen, Bettlern und Obdachlosen – als „würdige Arme“. Man schiebt ihnen also nicht die Schuld an ihrem harten Schicksal zu, sondern macht eher die gesellschaftlichen Verhältnisse dafür verantwortlich. Die gesellschaftlichen bzw. (sozial)politischen Ursachen für das stark vermehrte Auftreten von Kinderarmut liegen auf drei Ebenen (Butterwegge 2001, S. 53 ff.; Butterwegge 2002, S. 16 ff.):

(1) Im Bereich der Produktion löst sich das „Normalarbeitsverhältnis“ von der Kapitalseite unter den Stichworten „Globalisierung“, „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ gezielt vorangetrieben, tendenziell auf. Es wird zwar keineswegs ersetzt, aber durch eine ständig wachsende Anzahl prekärer, befristeter, Leih- und (Zwangs-) Teilzeitarbeitsverhältnisse, die weder ein ausreichendes Einkommen noch einen adäquaten arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten, in seiner Bedeutung relativiert.

(2) Im Bereich der Reproduktion büßt die „Normalfamilie“, d.h. die beispielsweise durch das Ehegattensplitting im Einkommensteuerrecht staatlicherseits subventionierte traditionelle Hausfrauenehe mit ein oder zwei Kindern, in vergleichbarer Weise an gesellschaftlicher Relevanz ein. Neben sie treten andere Lebens- und Liebesformen, die zum Teil weniger materielle Sicherheit für Kinder gewährleisten (sog. Ein-Elternteil-Familie, Patchwork-Familie, gleichgeschlechtliche Partnerschaft usw.).

(3) Hinsichtlich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates impliziert das neoliberale Konzept des Standortwettbewerbs zwischen den „Wirtschaftsstandorten“ einen

Abbau von sozialen Sicherungselementen gerade für „weniger Leistungsfähige“, zu denen allemal Menschen gehören, die (mehrere) Kinder zu betreuen haben. Kinder und Jugendliche sind heute deshalb so stark von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffen, weil das Projekt des „Umbaus“ der Gesellschaft und ihres Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht, die weniger Absicherung als die Nachkriegsgenerationen genießen.

Die gegenwärtige Dramatik der Kinderarmut wird erst verständlich vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Weltmarktdynamik. Von der unter dem Schlagwort „Globalisierung“ diskutierten Wirtschaftsentwicklung ausgehend, sind Armut und Unterversorgung als Erscheinungen einer „sozialpolitischen Postmoderne“, die teilweise mittelalterliche Züge trägt, neu zu vermessen. Die wirtschaftliche Globalisierung führt keineswegs zur Verallgemeinerung (Generalisierung) des materiellen Wohlstandes. Vielmehr wirkt der Globalisierungsprozess im Rahmen einer neoliberalen Standortpolitik als „soziales Scheidewasser“, das die Bevölkerung der Bundesrepublik – wie die anderer Länder – in Gewinner und VerliererInnen, Letztere aber wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarmer) einerseits sowie GeringverdienerInnen (prekär Beschäftigte, Überschuldete und Kurzzeitarmer) andererseits spaltet. Während die Langzeit- und Dauerarbeitslosen ohne Hoffnung auf Reintegration den „sozialen Bodensatz“ bilden, verkörpern die NiedriglohnempfängerInnen, oftmals ethnischen Minderheiten entstammend, das „Treibgut“ des Globalisierungsprozesses. Obwohl es hierzulande weder die Armengettos an den Stadträndern – wie in den USA – noch das Phänomen der Straßenkinder nach südamerikanischem Muster gibt, machen sich die berufliche Perspektivlosigkeit und soziale Exklusion vieler Menschen schon im frühen Kindesalter bemerkbar.

Freilich hängen Strukturen und Folgen von Kinderarmut nicht nur mit solchen weltwirtschaftlichen Veränderungen bzw. Verwerfungen zusammen, die alle Länder einer „Staatenfamilie“ in gleicher Weise treffen, sondern auch von den jeweils vorherrschenden, länderspezifischen familien- und sozialpolitischen Traditionen, Leitbildern und Wohlfahrtsstaatsmodellen ab (Kaufmann 2001, S. 8 ff.). Anders ausge-

drückt: Wohlfahrtsregimetypen und der Umfang an Einkommensarmut im Allgemeinen sowie von Kinderarmut im Besonderen korrelieren miteinander (Hanesch u.a. 2000, S. 454 ff.). Außerdem gibt es Belege dafür, dass Kinderarmut durch eine aktive Sozial-, Familien- und Kinderpolitik vermieden oder abgebaut werden kann (Klocke 2001a, S. 276). Unter den 15 EU-Mitgliedsländern weist die Bundesrepublik bei Kindern von Alleinerziehenden die höchste Armutsquote auf: „Offensichtlich greifen in den übrigen Staaten für diese Gruppe arbeitsorganisatorische Regelungen, finanzpolitische Entlastungen und sozialstaatliche Unterstützungssysteme besser als in der Bundesrepublik“ (Klocke 2001a, S. 277).

Bestätigt wird diese These durch Untersuchungsergebnisse des englischen Armutforschers *Jonathan Bradshaw*. Er verweist auf Kinder aus alleinerziehenden Ein-Elternteil-Familien in den Niederlanden und Norwegen, die ohne erwerbstätige Person immer noch niedrigere Armutsquoten als Kinder aus Paarfamilien ohne Einkommensbezieher aufweisen: „Die skandinavischen Länder haben bemerkenswert niedrige Armutsraten sogar dann, wenn es keinen Einkommensbezieher in Paarfamilien gibt“ (Bradshaw 2001, S. 151). Das Vorhandensein eines Erwerbstätigen macht z.B. in Frankreich einen signifikant größeren Unterschied bei der Armutsquote aus als in Großbritannien, was *Bradshaw* mit den Arbeitslosenquoten, mit dem Ausmaß des Sozialschutzes, welcher Familien außerhalb des Arbeitsmarktes zur Verfügung steht, mit der Tatsache, ob die ErnährerInnen voll- oder teilzeitbeschäftigt sind, und mit der Höhe der Unterstützung in Verbindung bringt, die ihnen aufgrund des jeweiligen Steuer- oder Leistungspaketes zur Verfügung steht.

Von besonderem Interesse wäre an dieser Stelle ein Vergleich der jeweiligen Ernährermodelle (Becker 2000, S. 50 ff.). Auch im innerdeutschen Ost-West-Vergleich sind Ungereimtheiten dadurch besser zu verstehen (Sell 2000, S. 154 ff.). So verzeichnen die neuen Bundesländer zwar eine höhere Arbeitslosenquote, aber eine niedrigere Sozialhilfequote als Westdeutschland. *Bernd Eggen* erklärt dies mit dem Hinweis darauf, dass sich die Wahrscheinlichkeit für Familien verringert, Sozialhilfe zu benötigen, wenn beide Eltern erwerbstätig sind: „Die stärkere Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen mit

minderjährigen Kindern verhinderte bislang trotz hoher Arbeitslosigkeit eine entsprechend häufigere Sozialhilfebedürftigkeit der Familien“ (Eggen 2000, S. 151).

Anhand des Familientyps, der Kinderzahl, des Alters der Kinder und des Beschäftigungsstatus der Eltern macht *Bradshaw* innerhalb der und zwischen den einzelnen europäischen Ländern erhebliche Unterschiede in den Kinderarmutsquoten aus: „Kinderarmut ist nicht unvermeidbar; die einzelnen Länder haben mehr oder weniger explizit die Wahl, ob sie soziale und steuerliche Maßnahmen ergreifen, um die Einflüsse des Marktes abzuschwächen. Einige Länder haben darin mehr Erfolg als andere. Man könnte von einem Abwägen zwischen der Investition in Maßnahmen gegen Kinderarmut oder gegen die Armut von älteren Menschen sprechen, wenn man davon ausgeht, dass dies die beiden größten Gruppen sind, die von der Sozialhilfe abhängig sind“ (Bradshaw 2001, S. 152 f.). Als reine Gegenüberstellung von Jung und Alt ist diese Methode jedoch fragwürdig und unvollständig, weil z.B. intragenerationale Verteilungsverhältnisse gänzlich außen vor bleiben (Backes 2000, S. 6 ff.; Motel-Klingebiel 2000, S. 285 ff.; Butterwegge/Klundt 2002, S. 64 ff.).

Tatsächlich wirkt die soziale Polarisierung, Folge einer neoliberalen Modernisierung fast aller Gesellschaftsbereiche, bei Jüngeren nicht anders als bei Älteren: Die zunehmende Armut geht mit einem wachsenden Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie geradezu dessen Kehrseite. Es gab noch nie vergleichbar viele Haushalte ohne materielle Sorgen und noch nie so viele Kinder mit einem großen Vermögen in der Bundesrepublik wie heute. Um mehr Freibeträge und damit Steuervorteile zu erlangen, übertragen Eltern ihren Wertpapierbesitz nach der Geburt von Kindern auf diese, was durch die Erbschafts- bzw. Schenkungssteuerreform der liberal-konservativen Bundesregierung noch begünstigt wurde.

Als aktuell verbreitetste und brisanteste Armutsform in der Bundesrepublik sollte *Kinderarmut* nicht den Blick dafür verstellen, dass es sich bei dem Phänomen um ein gesellschaftspolitisches Grundproblem handelt, von dem auch andere, wenn nicht sämtliche Altersgruppen betroffen sind. Künftig dürfte sich die Struktur der Armutspopulation aufgrund der Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, der

Kürzungen im Sozialbereich (Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe; Verringerung der Beiträge zur Rentenversicherung, welche die Bundesanstalt für Arbeit bei Erwerbslosigkeit entrichtet; Senkung des Rentenniveaus und Teilprivatisierung der Altersvorsorge), aber auch von Scheidungen und der Anzahl unzureichend gesicherter Frauen wieder in Richtung der SeniorInnen verschoben. Berücksichtigt man die Entwicklungstendenzen im Bereich des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik, sind „vermehrt Abstiege aus gesicherten Zonen in prekäre Einkommenslagen“ (Hübinger 1999, S. 19) zu befürchten.

## 4

### Folgen für die Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit junger Menschen

Kinder armer Familien sind nicht automatisch unglücklicher, häufiger krank und psychisch labiler als ihre wohlhabenden AltersgenossInnen. Vielmehr können sie dieses Handicap kompensieren, wenn ihnen die Eltern das Gefühl von emotionaler Nähe, Schutz und Geborgenheit vermitteln. *Hans Weiß* warnt daher vor einer „einseitige(n) Defizit- und Opferperspektive“, die Selbsthilfepotenziale und Problemlösungskompetenzen der Betroffenen ignoriert: „Selbst in chronisch desolaten Lebensverhältnissen zeigen sich bei Erwachsenen wie Kindern nicht selten ein (Über-)Lebenswille, eine Zähigkeit, sich nicht (völlig) unterkriegen zu lassen, ferner Eigeninitiative, auch wenn sie sich immer wieder an engen Barrieren festbeißen, in – gemessen an gesellschaftlich abverlangten Kriterien erfolgreicher Lebensführung – tradierten, wenig effektiven (sub)kulturellen Mustern verfangen und ihnen wegen unzureichender Ressourcen die Kraft zum Durchhalten auszugehen droht“ (Weiß 2000, S. 69).

In einer Umgebung, die viel Wert auf den privaten Konsum, Luxusgüter und teure Statussymbole legt, wirkt schon die schlechte(re) Ausstattung mit Kinderspielzeug und/oder Markenkleidung diskriminierend. Wer als Kind auf Nike und Nokia verzichten muss (oder solche Prestigeobjekte besonders demonstrativ zur Schau stellt, obwohl bzw. gerade weil sie mit Op-

fern etwa im Bereich der Grundnahrungsmittel, des Wohnens, der Bildung usw. erkauft wurden), wird im Kreis seiner Spielkameraden nicht ernst genommen, vielleicht sogar völlig isoliert. Diese moderne Form der Ausgrenzung ist die wohl schlimmste Konsequenz von Armut und Unterversorgung im Kindesalter.

Eine Großbritannien (errechnete 21,3 % Kinderarmut), die Bundesrepublik Deutschland (11,6 %) und Schweden (3,7 %) miteinander vergleichende Studie gelangt im Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen der sozialen Verbreitung und den Auswirkungen von Armut zu dem Ergebnis, dass die psychosozialen Belastungen im Kindes- und Jugendalter umso geringer sind, je höher die nationalen Kinderarmutsquoten ausfallen. „In Schweden (...) ist das ‚mittlere relative Risiko‘, psychosoziale Belastungen auf Grund der Armutslage zu erleiden, um das 2,2-fache erhöht. In Deutschland nimmt dieser Quotient mit steigender Kinderarmutsquote auf das 1,9-fache ab, und in Großbritannien ist er mit einem Wert von 1,4 bei der insgesamt höchsten Kinderarmutsquote am geringsten“ (Klocke 2001a, S. 285 f.). Ein möglicher Grund dafür, dass die Auswirkungen von Kinderarmut mit deren allgemeiner Verbreitung abnehmen (inverser Zusammenhang), liegt darin, dass die Betroffenen ihre Ausgrenzung desto stärker empfinden, je seltener diese vorkommt: In hochgradig klassen- und milieunabhängigen Gesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland und dem schwedischen Wohlfahrtsstaat nimmt man Armut isolierter wahr, interpretiert sie deshalb individueller und empfindet sie auf der individuellen Ebene als umso diskriminierender (Klocke 2001a, S. 286).

Obwohl sich die meisten Eltern zunächst selbst einschränken, bevor sie an den Ausgaben für ihre Kinder sparen, bedeutet Armut im Familienverband, dass sich gerade die Lebensperspektiven der Jüngsten verdüstern. Neben den materiellen Handlungsmöglichkeiten sind ihre Bildungschancen deutlich eingeschränkt, was sich vor allem im Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I zeigt: „Arme Kinder können wahrscheinlich keine oder nur niedrige schulische Bildungszertifikate erwerben, die beim anschließenden Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko bergen oder nur den Zugang zu beruflichen Positionen eröffnen, die niedrig ent-

lohnt werden“ (Lange u.a. 2002, S. 160). Von einem Teufelskreis der Armut kann man insofern sprechen, als sich Benachteiligungen über Generationen hinweg „vererben“. Sozial deprivierte und arme Kinder entwickeln sich auch bloß im Ausnahmefall zu Persönlichkeiten ohne die geringsten Minderwertigkeitskomplexe. „Früh im Leben erfahrene Armut beeinflusst das Selbstwertgefühl der hiervon betroffenen Kinder langfristig negativ“ (Merten 2002, S. 148).

Für die Sozial- und Gesundheitsberichterstattung in der Bundesrepublik kann bei allen nötigen Einschränkungen hinsichtlich methodischer und empirischer Schwierigkeiten als gesichert gelten, dass materielle bzw. soziale Armut immer auch Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Personen, die in sozial benachteiligten Verhältnissen leben, sind gleich in mehrfacher Hinsicht gefährdet. Festzuhalten ist:

- eine deutlich höhere Zahl jener Kinder, die mit einem Gewicht von weniger als 2.500 Gramm geboren werden;
- eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle als bei Kindern aus privilegierten Schichten;
- ein sehr viel häufigeres Auftreten akuter Erkrankungen;
- eine höhere Anfälligkeit für chronische Erkrankungen (MFJFG 1999, S. 115 f.; Fischer 2000, S. 16; Mielck 2001, S. 230 ff.).

*Andreas Klocke* hält die Gesundheitsrisiken armer Kinder und Jugendlicher für höher, und zwar unabhängig davon, welcher Indikator gewählt wird. Folglich beeinflusst die Armutslage das gesundheitliche Befinden und die Lebensfreude der Heranwachsenden durchgängig: „Die erhöhte psychosoziale Morbidität der Kinder und Jugendlichen aus den sozial schwachen Familien weist auf Konsequenzen für die kindlichen und jugendlichen Sozialbeziehungen und die Sozialisation hin. Rückzug aus sozialen Kontakten und eine zunehmende Einsamkeit, wie es als Reaktionsmuster von armen Menschen im Erwachsenenalter bekannt ist, zeigt nach den präsentierten Befunden seine Gültigkeit auch für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in Armutsfamilien“ (Klocke 2001b, S. 9).

Nicht nur die gesundheitliche Situation, sondern auch das (spätere) Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen wird von Armut im negativen Sinne geprägt. So ist der Anteil jener Personen,

die als regelmäßige (tägliche) Raucher anzusehen sind, in der Armutgruppe deutlich erhöht. Ähnliche, empirisch jedoch unzureichend gesicherte Unterschiede zeigen sich auch beim Konsum von Alkohol. „Die Zahnhygiene (...) ebenso wie die nur geringe Teilnahme an sportlichen Aktivitäten (außerhalb des Schulsports) oder der überdurchschnittliche TV-Konsum belegen (...) klar ein ungünstigeres Gesundheitsverhalten der Kinder und Jugendlichen aus den sozial schwachen Familien“ (Klocke 2001b, S. 9). Gleiches zeigte sich mit Blick auf das Ernährungsverhalten (Fast Food, Mangel-, Fehl- oder Überernährung) (Klocke 2001b, S. 10).

Was man als „Infantilisierung der Armut“ (Richard Hauser) bezeichnet, hat jedoch nicht nur Folgen für die Betroffenen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt. Wenn deren jüngste Mitglieder keine befriedigenden Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten erhalten, leidet darunter das ganze Land. Da die materielle Armut von Kindern deren Bildungskarrieren beeinträchtigt, liegen geistige Ressourcen brach, die zu nutzen das Wachstum der Wirtschaft und den Wohlstand aller positiv beeinflussen würde. Durch den Mangel an sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit verschlechtert sich das öffentliche Meinungsklima, in dem aufzuwachsen weniger Geborgenheit und Zufriedenheit bedeutet.

## 5

### **Kontroversen um arbeitsmarkt-, familien- und sozialpolitische Alternativen**

(Langzeit-)Arbeitslosigkeit ist zwar nicht die Ursache, aber ein häufiger Auslöser von Kinderarmut. Daher bietet es sich an, dieser durch eine konsequente(re) Beschäftigungspolitik entgegenzuwirken. Weil nur sog. Doppelernährer-Familien halbwegs vor Kinderarmut gefeit sind (Strengmann-Kuhn 2000, S. 150), eine ganztägige Betreuung der Kinder hierzulande jedoch nicht gewährleistet ist, erscheinen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie besonders vordringlich. Dabei sind zwei Strategien zur Vereinbarung von Beruf und Kindererziehung denkbar. Während die *simultane* den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtun-

gen fördert, entscheidet sich die *sukzessive* für ein „Erziehungsgehalt“ (Schönig 2001, S. 38 f.). Die nicht nur von konservativer, sondern auch von grün-alternativer Seite erhobene Forderung, Erziehungsarbeit in einer gehaltsähnlichen Höhe bis zum 12., 16. oder gar 18. Lebensjahr des Kindes zu entlohnen (Leipert/Opielka 1998; Wingen 2000), hätte höchst problematische Konsequenzen: „Es käme zu einer dauerhaften Verdrängung der Mütter vom Arbeitsmarkt, weil eine berufliche Wiedereingliederung nach einer derart langen Familientätigkeit schwer, wenn nicht unmöglich ist. Das wäre ein gleichstellungs- und arbeitsmarktpolitischer Rückschritt und würde die latente Armut vergrößern“ (Bäcker 2000, S. 267). Setzt man die Bekämpfung von Kinderarmut jedoch mit der Arbeitsmarktintegration von Eltern und Alleinerziehenden gleich, wird nicht nur Armut auf Erwerbslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit reduziert, vielmehr auch das sehr viel komplexere Phänomen zum reinen Beschäftigungsproblem uminterpretiert, ohne den Umstand zu berücksichtigen, dass die „Sozialhilfe-Klientel“ keineswegs bloß aus Erwerbslosen bzw. aufgrund von Erwerbslosigkeit besteht (Schönig 2000, S. 197).

Häufig wird unterstellt, Arbeitslosigkeit sei durch intensivere „Aktivierung“ der Erwerbslosen zu lösen (Trube/Wohlfahrt 2001, S. 28). Quantität und Qualität von Armut – zumal von Kindern und Jugendlichen – wie die Methoden zu ihrer Bekämpfung werden so hinsichtlich der vielfältigen Lebenslagedimensionen schlicht unterschätzt oder gar bewusst missdeutet. *Waltraud Schelkle* steht „workfare“-Konzepten als einem Mittel gegen (Kinder-)Armut skeptisch gegenüber. Aus Sicht der Londoner Ökonomin verwandeln sie „das Problem der Armut ohne Arbeit in eines der Armut trotz Arbeit“, wovon noch mehr Personen betroffen sind: „Aus der Sozialhilfefalle für wenige wird tendenziell eine Workfare-Falle für eine größere Zahl. Die Sozialisierung von Arbeitskosten hat unvermeidlich Mitnahmeeffekte bei Unternehmen zur Folge, die bestehende Billigarbeitsplätze, etwa für Zweitverdienerinnen, nun mit subventionierten Arbeitskräften besetzen“ (Schelkle 2001). Im Gegensatz zur Subventionierung öffentlicher Beschäftigung verzichten solche Ansätze auf jegliche Steuerungsmöglichkeiten bezüglich der zu fördernden Produktionen und Dienstleistungen. Hinzu kommen laut

*Schelkle* höchst unsichere Einsparungseffekte, da workfare gleichzeitig eine Ausweitung von Lohnsubventionen bedeutet.

Den neoliberalen Konzepten eines „beschäftigungsorientierten“ Umbaus des Sozialstaates ist eine bedarfsorientierte Strategie der Armutsbekämpfung entgegenzustellen (Hanesch u.a. 2000, S. 559 ff.). Erstere zielen darauf ab, die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu optimieren. Als einziger Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit gilt die Beschäftigung von Geringqualifizierten im Bereich haushalts- und personenbezogener Dienste. Arbeitgeber hätten geringere Lohnkosten, während die öffentlichen Haushalte durch ein sog. Bürgergeld enorm belastet würden. Da es zu wenig Arbeitsplätze gibt, hätte der sog. Kombilohn vor allem ein Sinken des Lohnniveaus und ein Steigen der Erwerbslosigkeit zur Folge. Zudem ist zu befürchten, dass bei Einführung eines solchen Systems die arbeitslosigkeitsbedingte Armut nicht abnehme, sondern einfach in eine Armut trotz Erwerbstätigkeit umgewandelt würde.

Eine integrierte bedarfsorientierte Strategie der Armutsbekämpfung bezieht sich nicht nur auf den Arbeitsmarkt, sondern auf sämtliche Aspekte der Armut. Allgemeine Lebensrisiken werden, noch bevor es zur Inanspruchnahme von Sozialhilfe kommt, von vorgelagerten Auffangnetzen gemindert (z.B. durch die Verbesserung des Wohngeldes, des Familienlastenausgleichs etc.). Damit die noch verbleibenden SozialhilfeempfängerInnen nicht stigmatisiert werden, soll es eine Grundsicherung für alle bedürftigen Gruppen mit gleichem Leistungsniveau und ähnlichen -bedingungen geben. Das Einkommen eines Haushaltes mit Kind würde z.B. so weit aufgestockt, dass dessen Versorgung gesichert wäre. SozialhilfeempfängerInnen bekämen, wie trotz finanzieller Schwierigkeiten in einigen Kommunen schon praktiziert, einen Rechtsanspruch auf Weiterbildungsmaßnahmen (Hanesch u.a. 2000, S. 568 ff.).

Unterscheidet man zwischen einer institutions-, einer funktions- und einer mitgliederorientierten Familienpolitik (Müller-Heine 1999, S. 57 ff.), so wäre die Letztergenannte zu stärken. Nicht die Familie selbst, sondern ihre abhängigen Mitglieder, d.h. Frauen und Kinder, sollte man mehr als bisher fördern. Eine zeitgemäße Sozialpolitik hat sich nicht „der Familie“ zuzuwenden, sondern jenen Mitgliedern, die sozial benachteiligt und deshalb unfähig sind,

ihren Lebensunterhalt ohne fremde Hilfe selbstständig zu bestreiten.

Problematisch ist nicht etwa die (angeblich zu geringe) Höhe der familienpolitisch begründeten Transferleistungen, sondern ausschließlich deren (gegenüber sozialen Unterschieden indifferente) Struktur. Dass gerade Superreiche, Kapitaleigentümer und SpitzenverdienerInnen am meisten von Subventionen profitieren, die eigentlich den Familien – und das kann nur heißen: solchen, die sie benötigen, um ihren Kinder unbillige Entbehrungen zu ersparen – zugute kommen sollten, wird aber selten kritisiert. „Umverteilung von oben nach unten!“ müsste die Devise einer sozial gerecht(er)en Familienpolitik lauten. Dafür bietet sich zunächst ein für sämtliche Eltern gleiches, einheitliches Kindergeld an, das evtl. einkommensabhängig zu gewähren ist (Beckerhoff 1999). Freibeträge erhöhen im sog. dualen System (Optionsmodell) wegen der Progression des Einkommensteuertarifs eher die soziale Ungleichheit und sind deshalb abzulehnen, es sei denn, sie würden nicht auf das zu versteuernde Einkommen, also die Bemessungsgrundlage, sondern – wie z.B. heute schon das sog. Baukindergeld – auf die Steuerschuld gewährt und, falls eine solche nicht besteht, in eine Gutschrift umgewandelt und ausbezahlt.

Statt alle Eltern materiell besser zu stellen, wie es die traditionelle Familienpolitik – insbesondere jene konservativer Prägung – tut, müssen sozial benachteiligte Kinder besonders gefördert werden. Dabei sollte ihre Unterstützung unabhängig von der Familienform wie von der Erwerbsbiografie der Eltern erfolgen. Denn die Rechte eines Kindes leiten sich aus seiner eigenen Identität als Kind, nicht aus seiner Beziehung zu einem anspruchsberechtigten Elternteil ab (Joos 1997, S. 76). Kinderarmut kann schlechterdings nicht durch die Aufwertung traditioneller Familienformen und Geschlechterverhältnisse, sondern nur durch die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und Bereitstellung entsprechender Dienste für die davon Betroffenen sowie eine Umverteilung von Arbeitszeit, Einkommen und Vermögen wirksam bekämpft werden (Knapp 2000, S. 45 ff.; Knapp 2001). Darüber hinaus kommt eine bedarfsgerechte Erhöhung des Kindergeldes für unter oder an der Armutsschwelle lebende Familien (bis zu 300 Euro monatlich pro Kind) in Betracht (Deligöz 2000).

Ungeklärt ist, ob Mittel, die einer Subventionierung der Familie dienen sollen, bedürftigen Kindern wirklich helfen oder nur die Haushaltsvorstände erreichen. Statt höherer Zuwendungen des Staates an die Eltern präferiert *Claudia Pinl* einen Ausbau öffentlicher Einrichtungen, die auch (sonst leer ausgehenden) Kindern ohne familiären Rückhalt zugute kämen: „Der ‚Familienleistungsausgleich‘ entzieht den Kindern Geld an den Stellen, wo gerade sie es am meisten brauchen: in Erziehungsberatungsstellen und schulpsychologischen Diensten, in Ganztagschulen, KiTas, Horten, Krippen und Freizeiteinrichtungen für Jugendliche“ (Pinl 2001, S. 1130). *Ulla Knapp* plädiert ebenfalls für Realtransfers; sie möchte die Eheförderung abschaffen, Chancengleichheit für Kinder herstellen und außerdem einen „geschlechterpolitischen Modellwechsel“ herbeiführen (Knapp 2000, S. 48 f.). Betreuungs- und Bildungsangebote für sozial benachteiligte Familien sind wirksamer als mehr Kindergeld bzw. höhere Steuerfreibeträge. „Monetäre Transfers können zwar, wenn sie zielgruppenorientiert und degressiv ausgestaltet sind, den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt flankieren. Eine mindestens ebenso große Bedeutung kommt indes den Realtransfers zu (...). Als infrastrukturelle Realtransfers sind hier zum einen Angebote der Fortbildung und Umschulung und zum anderen Kinderbetreuungseinrichtungen zu nennen“ (Schönig 2000, S. 219).

Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen sind für eine gedeihliche Entwicklung und freie Entfaltung der Persönlichkeit sozial benachteiligter Kinder unentbehrlich, weshalb sie nicht – dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend – privatisiert, sondern weiterhin öffentlich finanziert und noch ausgebaut werden sollten. Familienpolitik ist demnach eine „umfassende Querschnittsaufgabe“, die viele Politikfelder (Wohnungs- und Städtebau, Soziales, Bildung, Schule, Kultur, Freizeit, Sport) gleichzeitig betrifft und die zahlreiche Akteure und Institutionen gemeinsam wahrzunehmen haben: „Angesprochen sind alle Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden), aber auch die Sozialversicherungsträger und die Tarifvertrags- und Arbeitsmarktparteien. Da Familienpolitik ganz maßgeblich auf dem Einsatz sozialer Dienste beruht, zählen auch frei-gemeinnützige Einrichtungen (wie Wohlfahrtsverbände), Kirchen und Selbsthilfeinitiativen zu den Trägern familien-

politischer Maßnahmen“ (Bäcker u.a. 2000, S. 154).

Obwohl die bisherige Ehe- statt einer Kinderförderung als Fehlorientierung der Familienpolitik gilt (Schratzenstaller 2001), bietet die Umwandlung des Ehegatten- in ein Familiensplitting keine Lösung, weil sie hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit kontraproduktiv wäre. „Ein Familiensplitting würde infolge des höheren Divisors (Ehepartner + Kinder) noch nachhaltiger die einkommensstärkeren Schichten begünstigen“ (Kaufmann 1995, S. 209). Zu denken wäre eher an ein sog. Realsplitting, bei dem der Splittingvorteil durch einen nichts oder erheblich weniger als der Haushaltsvorstand verdienenden Ehepartner stärker begrenzt wird. Auch ein Grundfreibetrag (in Höhe des Existenzminimums der Kinder) hätte nicht die Progressionswirkung solcher Freibeträge, wie sie die beiden Familienförderungsgesetze der rot-grünen Koalition gewähren.

*Brigitte Stolz-Willig* nennt folgende Maßnahmen, die der Exklusion prekär Beschäftigter und Familienarbeit leistender Personen aus dem Schutz des sozialen Sicherungssystems begegnen sollen:

- „Stärkung der Finanzierungsbasis des sozialen Sicherungssystems, indem hohe Einkommen und (Kapital-)Vermögen in die Beitragspflicht einbezogen werden;
- Stärkung der Versicherungsbiografien über Einbezug aller Formen der Erwerbstätigkeit und perspektivisch die Einführung einer Mindestbeitragspflicht für alle Personen im erwerbsfähigen Alter;
- Einbezug gesellschaftlich erwünschter und regulierter Phasen der Nichterwerbstätigkeit (Erziehung, Pflege, Qualifizierung) in den Risikoausgleich;
- Einbau einer bedarfsorientierten Mindestsicherung in die Arbeitslosenversicherung“ (Stolz-Willig 2002, S. 223).

## 6 Fazit

Kinderarmut ist ein durch die neoliberale Modernisierung hervorgerufenes oder zumindest spürbar verstärktes Phänomen, weshalb diese Armutsform zu Recht als „Kainsmal der Globalisierung“ (*H. G. Beisenherz*) bezeichnet wird. Sie kann nicht durch isolierte Maßnahmen, wie etwa höhere Transferleistungen an Eltern, besei-

tigt werden, sondern nur mittels einer integralen Beschäftigungs-, Familien- und Sozialpolitik. Nötig sind deshalb ein Paradigmawechsel vom „schlanken“ zu einem aktiven, interventionsfähigen und -bereiten Wohlfahrtsstaat sowie ein Konsens zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen. Eine reiche Industrienation, die den (verfassungsrechtlich abgesicherten) Anspruch erhebt, dafür zu sorgen, dass junge Menschen – gleich welcher Herkunft – ohne materielle Not und Entbehrungen aufwachsen, muss entsprechend handeln.

Solange die öffentliche Meinungsführerschaft des Marktradikalismus, d.h. die Hegemonie des Neoliberalismus (vgl. dazu: Butterwegge u.a. 1998), anhält und sein Druck auf das System der sozialen Sicherung nicht abnimmt, wird es selbst in entwickelten Wohlfahrtsstaaten weiterhin Kinderarmut geben. In einer kapitalistischen Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft, die sich mehr für Aktienkurse als für Straßenkinder interessiert, gilt Kinderarmut als Randerscheinung. Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik können das

Problem zwar lindern helfen, aber nicht verhindern, dass die Kluft zwischen Arm und Reich fortbesteht und den inneren Frieden gefährdet. Nur wenn Strukturformen und entschlossene Schritte der Umverteilung von oben nach unten erfolgen, wird sich das weder individuell verschuldete noch schicksalhaft vorgezeichnete, sondern gesamtgesellschaftlich bedingte Phänomen verringern lassen.

## LITERATUR

**AWO Bundesverband e.V.** (Hrsg.) (2000): AWO-Sozialbericht 2000.

Gute Kindheit – schlechte Kindheit. Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Bonn

**Backes, G.M.** (2000): „Gerechtigkeit“ zwischen den Generationen?

Oder: Herausforderungen an ihr Zusammenleben, in: Perspektiven ds 4, S. 6–21

**Bäcker, G.** (2000): Armut und Unterversorgung im Kindes- und Jugendalter: Defizite der sozialen Sicherung, in: Butterwegge, Ch. (Hrsg.),

Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York, S. 244–269

**Bäcker, G./Bispinck, R./Hofmann, K./Naegele, G.** (2000): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd. 2: Gesundheit und Gesundheitssystem, Familie, Alter, Soziale Dienste, 3. Aufl. Wiesbaden

**Becker, A.** (2000): Mutterschaft im Wohlfahrtsstaat. Familienbezogene Sozialpolitik und die Erwerbsintegration von Frauen in Deutschland und Frankreich, Berlin

**Beckerhoff, P.** (1999): Kein Kindergeld für Besserverdienende: ein Weg zu mehr Gerechtigkeit, in: Soziale Sicherheit 9/10, S. 311–315

**Beisenherz, H.G.** (2002): Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft. Das Kainsmal der Globalisierung, Opladen

**BMA** (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) (2001) (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn

**Bradshaw, J.** (2001): Armut und Benachteiligung von Kindern im Vereinigten Königreich und im internationalen Vergleich, in: Klocke, A./Hurrelmann, K. (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, 2. Aufl. Wiesbaden, S. 140–166

**Butterwegge, Ch./Hickel, R./Ptak, R.** (1998): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin

**Butterwegge, Ch.** (2001): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Opladen

**Butterwegge, Ch.** (2002): Hintergründe der (Kinder-)Armut in Deutschland, in: Zens, W.M./Bäcker, K./Blum-Maurice, R. (Hrsg.), Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland, Köln, S. 10–23

**Butterwegge, Ch./Kludt, M.** (2002): Die Demografie als Ideologie und Mittel sozialpolitischer Demagogie?, Bevölkerungsentwicklung, „Vergreisung“ und Generationengerechtigkeit, in: Butterwegge, Ch./Kludt, M.

(Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen, S. 59–80

**Deligöz, E.** (2000): Mit einer Grundsicherung gegen Armut. Wie die Lebenschancen von Kindern verbessert werden können, in: Frankfurter Rundschau v. 4.12.

**Eggen, B.** (2000): Familien in der Sozialhilfe und auf dem Arbeitsmarkt, in: Sozialer Fortschritt 7, S. 149–153

**Europäische Kommission** (Hrsg.) (2001): Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001, Luxemburg

**Fischer, B.** (2000): Statt eines Vorwortes: Mit einer tief gespaltenen Gesellschaft ins 3. Jahrtausend?!, in: Butterwegge, Ch. (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York, S. 11–20

**Hanesch, W./Krause, P./Bäcker, G.** (2000): Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans Böckler Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek bei Hamburg

**Holm, K./Schulz, U. (Hrsg.)** (2002): Kindheit in Armut weltweit, Opladen

**Hübinger, W.** (1999): Prekärer Wohlstand. Spaltet eine Wohlstandsschwelle die Gesellschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 18, S. 18–26

**Joos, M.** (1997): Armutsentwicklung und familiäre Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern, in: Otto, U. (Hrsg.), Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien, Opladen, S. 47–78

**Kaufmann, F.X.** (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München

**Kaufmann, F.X.** (2001): Familienpolitik im europäischen Vergleich: Motive Interventionen, Wirkungen, in: ZeS report 1, S. 8–10

**Klocke, A.** (2001a): Die Bedeutung von Armut im Kindes- und Jugendalter – ein europäischer Vergleich, in: Klocke A./Hurrelmann, K. (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, 2. Aufl. Wiesbaden, S. 272–290

- Klocke, A.** (2001b): Armut bei Kindern und Jugendlichen und die Auswirkungen auf die Gesundheit, in: Robert Koch-Institut (Hrsg.), Gesundheitsberichterstattung des Bundes 3, S. 3–13
- Knapp, U.** (2000): Sozialstaat, Kinder und Familie, in: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 114, S. 45–49
- Knapp, U.** (2001): Familienförderung ist oft eine Falle. Den Frauen nutzen viele der diskutierten Modelle nichts, in: Frankfurter Rundschau v. 23.4.
- Krause, P./Habich, R.** (2000): Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 2, S. 317–340
- Lange, A./Lauterbach, W./Becker, R.** (2002): Armut und Bildungschancen. Auswirkungen von Niedrigeinkommen auf den Schulerfolg am Beispiel des Übergangs von der Grundschule auf weiterführende Schulstufen, in: Butterwegge, Ch./Kludt, M. (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen, S. 153–170
- Leipert, Ch./Opielka, M.** (1998): Erziehungsgehalt 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit, Bonn/Freiburg im Breisgau
- Merten, R.** (2002): Psychosoziale Folgen von Armut im Kindes- und Jugendalter, in: Butterwegge, Ch./Kludt, M. (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen, S. 137–151
- Mielck, A.** (2001): Armut und Gesundheit: Ergebnisse der sozial-epidemiologischen Forschung in Deutschland, in: Klocke, A./Hurrelmann, K. (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, 2. Aufl. Wiesbaden, S. 230–253
- MFJFG** (Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit) (Hrsg.) (1999), 7. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW, Düsseldorf
- Motel-Klingebiel, A.** (2000): Alter und Generationenvertrag im Wandel des Sozialstaats. Alterssicherung und private Generationenbeziehungen in der zweiten Lebenshälfte, Berlin
- Müller-Heine, K.** (1999): Ziele und Begründungen von Familienpolitik, in: Arbeit und Sozialpolitik 9/10, S. 56–64
- Pini, C.** (2001): Wieviele Ernährer braucht das Land?, Familienpolitik als Wahlkampfschlager, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9, S. 1123–1130
- Schelle, W.** (2001): Das große Sparschwein des Robin Hood. Die Rezession setzt den Wohlfahrtsstaat unter Druck: Welchen Leitbildern soll die soziale Hilfe folgen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.11.
- Schönig, W.** (2000): Langzeitarbeitslosigkeit und Kinderarmut, in: Butterwegge, Ch. (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York, S. 197–219
- Schönig, W.** (2001): Mitgliederorientierte Familienpolitik. Vereinbarkeitsstrategien als Akzentweiterung in praktischer und konzeptioneller Hinsicht, in: Sozialer Fortschritt 2, S. 36–41
- Schratzenstaller, M.** (2001): Kinder statt Ehe fördern. Steuerpolitische Aspekte aktueller Familienpolitik, in: Soziale Sicherheit 1, S. 9–14
- Sebastián, L. de** (2001): Europa: Globalisierung und Armut, in: Concilium 5, S. 582–589
- Sell, S.** (2000): Sozialhilfe, Familienpolitik und Arbeitsmarktintegration. Schnittstellen und ausgewählte Lösungsansätze, in: Sozialer Fortschritt 7, S. 154–163
- Stolz-Willig, B.** (2002): Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit oder: Familienarbeit neu bewerten – aber wie?, in: Butterwegge, Ch./Kludt, M. (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen, S. 213–223
- Strengmann-Kuhn, W.** (2000): Erwerbstätigkeit und Einkommensarmut: Armut trotz Erwerbstätigkeit?, in: Büchel, F./Diewald, M./Krause, P. (Hrsg.), Zwischen drinnen und draußen. Arbeitsmarktchancen und soziale Ausgrenzungen in Deutschland, Opladen, S. 139–151
- Trube, A./Wohlfahrt, N.** (2001): „Der aktivierende Sozialstaat“ – Sozialpolitik zwischen Individualisierung und einer neuen politischen Ökonomie der inneren Sicherheit, in: WSI-Mitteilungen 1, S. 27–35
- UNICEF** (United Nations Children's Fund) (2000): Child Poverty in rich Nations, Florenz
- Unverzagt, G./Hurrelmann, K.** (2001): Konsum-Kinder. Was fehlt, wenn es an gar nichts fehlt, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien
- Weiß, H.** (2000): Kindliche Entwicklungsgefährdungen im Kontext von Armut und Benachteiligung. Erkenntnisse aus psychologischer und pädagogischer Sicht, in: Weiß, H. (Hrsg.), Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen, München/Basel, S. 50–70
- Wingen, M.** (2000): Aufwertung der elterlichen Erziehungsarbeit in der Einkommensverteilung. Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen eines „Erziehungseinkommens“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 3/4, S. 3–12